



# Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen

LANDTAG  
30. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 30/01  
5. Dezember 2025

**Thema: Inklusion ist Menschenrecht – Wir lassen uns nicht die Butter vom Brot nehmen!**

**Leitantrag**

## **Das 30. Bremische Behindertenparlament stellt fest:**

Das 30. Bremische Behindertenparlament stellt fest:

Menschen mit Behinderungen haben die gleichen Rechte wie alle anderen.

Inklusion ist ein Menschenrecht. Es darf nicht davon abhängen, wie viel Geld vorhanden ist oder ob gerade Wahlkampf ist.

## **Wir fordern für Bremen:**

### **1. Barrierefreiheit überall**

- o Öffentliche Gebäude, Busse, Bahnen und digitale Angebote müssen für alle nutzbar sein. Auch ganz speziell an der neu zu gestaltenden Umsteigehaltestelle Domsheide.
- o Dazu gehören auch Aufzüge, Rampen, Leichte Sprache und Gebärdensprache.

### **2. Selbstbestimmung sichern**

- o Menschen mit Behinderung sollen frei entscheiden können, wie und wo sie leben.
- o Assistenz, Pflege und Hilfsmittel müssen zuverlässig und ohne lange Wartezeiten verfügbar sein.

### **3. Gute Arbeit und Bildung für alle**

- o In Bremen sollen mehr inklusive Arbeits- und Ausbildungsplätze entstehen.
- o Schulen und Hochschulen brauchen genügend Unterstützung, damit gemeinsames Lernen gelingt.

### **4. Gegen Kürzungen und Sparpolitik**

- o Wir lassen uns nicht die Butter vom Brot nehmen!
- o Mittel für Teilhabe, Assistenz und Inklusion dürfen nicht gekürzt werden.
- o Inklusion ist kein Luxus, sondern Pflicht.
- o Wir brauchen eine gute gesundheitliche Versorgung für Alle.

**Begründung:**

Bremen hat sich zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet. Das bedeutet: Alle Menschen gehören gleichberechtigt dazu. Trotzdem gibt es immer noch zu viele Hindernisse im Alltag – beim Wohnen, beim Lernen, bei der Arbeit, in der Freizeit und bei der Mobilität.

Das Behindertenparlament fordert den Senat, die Bürgerschaft und alle Verantwortlichen auf:

Machen Sie Bremen wirklich inklusiv. Sorgen Sie dafür, dass Teilhabe nicht nur ein Wort bleibt, sondern Wirklichkeit wird.

Für die Abgeordneten des 30. Behindertenparlamentes: Udo Schmidt

**Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31. März 2026 an den AK-Protest erbeten**